

MATERIALIEN ZUR IRAK-KRISE

# Unsere Verantwortung für den Frieden

## 1. „Unsere Verantwortung für den Frieden“

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 13. 2. 02 (leicht gekürzt)

## 2. Stimmen zur Irak-Krise

Aus Amerika

Aus Europa

## 3. Stimmen aus der CDU/CSU zur Irak-Krise

zur Kriegsfrage

zur Erklärung europäischer und amerikanischer Kirchenvertreter

## 4. Die deutsche Politik in der Irak-Krise

Vortrag von Christoph Zöpel, Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses Vereinte Nationen hat auf der Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung „Krieg im Irak – Wie reagieren die Nachbarn?“, Berlin 30.1. 2003

# 1. „Unsere Verantwortung für den Frieden“

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 13. 2. 02 (leicht gekürzt)

...

## **DEUTSCHLAND STEHT ZU SEINEN BÜNDNISPFLICHTEN**

Deutschland steht zu seinen Bündnispflichten in der Nato. Wenn ein Partner angegriffen wird, werden auch wir ihn verteidigen. Das haben wir bewiesen. Das wird so bleiben. 10.000 Männer und Frauen der Bundeswehr sind mittlerweile an internationalen Einsatzorten stationiert, um Menschen Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Auf dem Balkan, in Afghanistan und im Rahmen von „Enduring Freedom“.

... Wir tun unsere Pflicht für den Frieden. Gemeinsam mit Frankreich, Russland und anderen unternimmt die Bundesregierung alle Anstrengungen, den Konflikt mit dem Irak auf friedlichem Wege zu lösen. Das ist möglich. Darum kämpfen wir. Dies klar und deutlich zu sagen - unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren amerikanischen Freunden - ist meine Verantwortung als Bundeskanzler.

## **KAMPF GEGEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS**

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus erfordert nach wie vor unsere höchste Aufmerksamkeit. Diesen Kampf können wir gewinnen. Im Interesse der Sicherheit der Menschen und des Friedens in der Welt müssen wir ihn auch gewinnen. Aber keineswegs haben wir ihn bereits gewonnen. Deshalb kämpfen unsere Spezialtruppen Seite an Seite mit Amerikanern diesen Kampf. cAm Montag dieser Woche haben die deutschen Soldaten in Kabul das offizielle Kommando über die ISAF-Schutztruppe der Vereinten Nation übernommen. Bis zu 2.500 Soldaten werden die Arbeit leisten. Und sie leisten sie gut. Ich will, dass wir das selbstbewusst unserem Volk, aber auch unseren Partnern in der NATO sagen. Wenige NATO-Mitglieder leisten, was wir leisten. Das darf nicht vergessen werden. ... Unsere Bevölkerung und die Menschen in aller Welt haben ein Recht darauf zu wissen: Wir werden uns die Entscheidung über militärische Gewalt und die Entsendung von Truppen niemals leicht machen.

Und wir werden niemals einen Zweifel daran lassen, dass wir solche Entscheidungen ausschließlich auf der Grundlage fester Prinzipien treffen. Prinzipien, die universell sind und von denen wir uns in unserem Handeln, aber auch in unseren Bündnissen leiten lassen. Prinzipien der Freiheit, des Friedens und des Rechts. Es wird aber auch deutlich werden, dass wir diese Entscheidungen souverän und das heißt in eigener Verantwortung treffen.

## **DEUTSCHLAND TRÄGT INTERNATIONALE VERANTWORTUNG**

Die Bundesrepublik Deutschland hat in einem Maße internationale Verantwortung übernommen, wie es vor einigen Jahren kaum vorstellbar gewesen wäre: auf dem Balkan, vor allem aber nach den verheerenden Terroranschlägen des 11. September 2001 in New York und Washington. Den deutschen Beitrag, den Frieden zu erhalten und zu stabilisieren, haben wir seit 1998 verzehnfacht. Von 200 Millionen auf 2 Milliarden Euro pro Jahr. Deutschland stellt heute nach den Vereinigten Staaten von Amerika das zweitgrößte Truppenkontingent in internationalen Einsätzen zur Sicherung und Wahrung des Friedens. Insgesamt haben seit 1998 mehr als 100.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in solchen Einsätzen ihr Leben und ihre Gesundheit riskiert.

...

## **DIE POLITIK DER BUNDESREGIERUNG WAR STETS FRIEDENSPOLITIK**

Die Politik der Bundesregierung war stets Friedenspolitik. Das gilt für den Wiederaufbau in Afghanistan wie auch für unsere Bemühungen - in denen wir nicht nachlassen dürfen - um dauerhaften Frieden und Sicherheit im Nahen Osten. Die vornehmste Aufgabe internationaler Politik ist es Kriege zu verhüten. Daran orientieren wir uns. Keine Realpolitik und keine Sicherheitsdoktrin darf dazu führen, dass wir uns schleichend wieder daran gewöhnen, den Krieg als gleichsam normales Mittel der Politik zu betrachten.

Und auch als letztes Mittel der Konfliktlösung unterliegt die Anwendung militärischer Gewalt strengen Beschränkungen. Ausnahmen bilden namentlich die Selbstverteidigung gegen einen unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Angriff oder die vom Sicherheitsrat mandatierte Abwehr einer unmittelbaren, schweren Gefahr für den internationalen Frieden.

In diesem Sinne hat sich, in einem über Jahrhunderte währenden Prozess, das Völkerrecht herausgebildet. Die Satzung der Vereinten Nationen beruht auf diesem Grundsatz des Gewaltverbots. Treibende Kraft dabei waren immer wieder die Vereinigten Staaten von Amerika - denken wir an Namen wie Wilson oder Roosevelt.

Kern dieses Prozesses ist das Prinzip, die Stärke des Rechts an die Stelle eines Rechts des Stärkeren zu setzen. Das ist das gemeinsame Werte-Fundament, das uns fest mit unseren amerikanischen Freunden verbindet. Die transatlantische Freundschaft war nie eine eng und egoistisch verstandene Zweckgemeinschaft. Sie ist und bleibt eine Wertegemeinschaft. Diese Wertegemeinschaft kann auch bei gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten in ihrer Substanz nicht berührt werden.

...

Wir streiten heute nicht um Details einer Sicherheitspolitik. Nicht um vordergründigen strategischen oder ökonomischen Nutzen. Und schon gar nicht um Sein oder Nicht-Sein der NATO. Aber es geht darum, ob Willensbildung multilateral bleibt. Es geht dabei auch um die Rolle Europas, und zwar des ganzen Europas. Dass dieser Kontinent seine Rolle ohne engste Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland nicht spielen kann, ist eine Erkenntnis, die einmal gemeinsame Auffassung des ganzen Hauses war. Es geht also um den besten Weg, die Kontinuität unserer gemeinsamen Prinzipien zu wahren - und das heißt vor allem des Prinzips einer Rechtsordnung, die universell und dem Frieden dienlich ist.

## **DIE LAGE IM IRAK**

Über die Natur des Regimes von Saddam Hussein machen wir uns keine Illusionen. Wir haben dafür zu sorgen, dass der Irak die Hindernisse ausräumt, die das Regime einer friedlichen Entwicklung und der Herrschaft des Rechts in den Weg stellt. Wir unterstützen daher vorbehaltlos die Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach einer bedingungslosen Abrüstung des Irak und seiner vollen, aktiven Kooperation mit den Waffeninspektoren.

Der Weltsicherheitsrat hat in seiner Resolution Nummer 687 im April 1991 als Ziel und Rahmen eine „ausgewogene und umfassende Rüstungskontrolle in der Region“ und die „Einrichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen und Mittleren Osten“ verbindlich festgeschrieben. Die dem irakischen Regime aufgegebenen Abrüstung ist demnach ein erster Schritt in Richtung auf dieses Ziel. Durch seine wiederholten Verstöße gegen UN-Resolutionen steht der Irak bisher diesem Ziel im Wege.

Deshalb hat der Weltsicherheitsrat in seiner Resolution 1441 vom 8. November 2002 einstimmig beschlossen, dass der Irak lückenlos Bericht zu erstatten und verbliebene Potentiale an Massenvernichtungswaffen vorbehaltlos und nachprüfbar abzurüsten hat.

Deutschland trägt diese Resolution mit und hat an ihrer Umsetzung stets aktiv mitgewirkt: Wir haben Personal bereitgestellt und Ausrüstung und Informationen für die Waffeninspektoren. Wir unterstützen die Resolution 1441 und ihr Ziel als Mitglied und derzeitiger Vorsitzender des Weltsicherheitsrats.

Diese Resolution enthält keinen Automatismus zur Anwendung militärischer Gewalt. Wenn die Vorsitzende der CDU - wie sie das auf der Sicherheitskonferenz getan hat - das Gegenteil behauptet, dann irrt sie und führt die Menschen in die Irre. Das Entscheidungsmonopol auf die Anwendung von Gewalt, darin sind wir uns mit unseren Partnern in Europa und anderswo einig, muss beim Weltsicherheitsrat bleiben.

### **FORTSETZUNG DER WAFFENINSPEKTIONEN**

Die letzte Mission der Inspektoren in Bagdad hat - nach allem, was wir bisher wissen - zu wichtigen Fortschritten geführt. Die Inspektoren, die morgen dem Weltsicherheitsrat erneut Bericht erstatten werden, haben nie einen Zweifel am notwendigen Umfang ihrer Mission gelassen. Wir müssen sie befähigen, ihre Aufgabe erfolgreich zu Ende zu bringen. ... Die Inspektionen müssen fortgesetzt und ausgeweitet werden.

...

### **DIE TÜRKEI KANN SICH AUF UNERE SOLIDARITÄT VERLASSEN**

Auch die Türkei kann sich auf unsere Solidarität zur Gefahrenabwehr jederzeit verlassen. Den Forderungen, die in der NATO auf dem Tisch liegen, sind wir tatsächlich bereits nachgekommen. So habe ich schon im Dezember öffentlich zugesagt, dass die deutschen AWACS- Besatzungsmitglieder für den Schutz der Türkei zur Verfügung stehen. Zusammen mit den Niederlanden stellen wir der Türkei das modernste Gerät zur Raketenabwehr zur Verfügung, das in Europa verfügbar ist - die Patriot-Systeme. Diese Systeme haben wir im übrigen auch Israel geliefert. Soldaten der Bundeswehr schützen seit Ende Januar amerikanische Kasernen, Flugplätze und Einrichtungen. Etwa 1.000 deutsche Soldaten sind für diese Aufgaben bereits eingesetzt.

Auch deshalb halten wir mit unseren Freunden aus Frankreich und Belgien einen förmlichen NATO-Beschluss über die Aufnahme von Planungen für einen Krieg vor den Erörterungen des Sicherheitsrates nicht für angemessen. Für uns steht die Solidarität mit der Türkei, auch die Solidarität in der Allianz außer Frage. Doch wir halten auch - anders als Sie und Ihre politischen Freunde - die Aktionseinheit mit Frankreich für unverzichtbar. Deutsche Politik darf nie Frankreich isolieren.

Wir alle wollen die Entwaffnung des Irak erreichen. Unterschiedlicher Meinung sind wir über die Wahl der Mittel zur Durchsetzung und die Zeitvorstellungen zur Erreichung dieses Ziels.

### **ALTERNATIVE ZUM KRIEG**

Der Bundesaußenminister hat im Weltsicherheitsrat darauf hingewiesen, dass während der Inspektionen von 1991 bis 1998 nachweislich mehr Massenvernichtungswaffen im Besitz des Irak abgerüstet worden sind als während des gesamten Golfkrieges. Es spricht also alles dafür, dass kontrollierte Abrüstung und wirksame Inspektionen ein durchaus taugliches Mittel zur Beseitigung der Gefahr durch Massenvernichtungswaffen sind. Wer angesichts dessen heute einer militärischen Option den Vorzug gibt, der müsste glaubhaft machen, dass es keine Alternative zum Krieg gibt.

Die Bundesregierung - ich sage es bewusst nochmals - ist gemeinsam mit Frankreich, Russland, China und zahlreichen anderen Staaten ausdrücklich nicht dieser Meinung.

...

### **GEFAHR EINES NEUEN TERRORISMUS**

Eine militärische Konfrontation und die Besetzung des Irak würde die Reform- und Dialogbereitschaft in islamischen Ländern vermutlich weiter blockieren und die Gefahr terroristischer Anschläge erhöhen.

Wenn ich, mit mir Außenminister Fischer, so leidenschaftlich dafür kämpfe, dem Frieden eine Chance zu geben, dann geschieht das eben auch aus tiefer Sorge um die Folgen für Israel. Eine neue Welle des Kamikaze-Terrors mit seinen entsetzlichen Opfern unter der israelischen - und in der Folge durch Vergeltungsschläge auch unter dem palästinensischen Volk - müssen gerade wir zu vermeiden helfen.

Einer der wesentlichen Gründe, warum es den Vereinigten Staaten und uns nach dem 11. September 2001 gelungen ist, eine breite Koalition gegen den Terror zu schmieden, war die Ablehnung jeder Idee, es könne sich um einen „Kampf der Kulturen“ oder um einen Feldzug „des Westens“ gegen „den Islam“ handeln.

Wenn wir jetzt den Prozess der Abrüstung des Irak und der politischen Befriedung für gescheitert erklären, würden wir Fanatikern Zulauf und Bestätigung beschern, die diese Konfrontation der Kulturen herbeipredigen und mit ihren schändlichen Attentaten herbeibomben wollen.

...

### **UNSER WEITERES VORGEHEN**

Unser unmittelbares Vorgehen orientiert sich im wesentlichen an fünf Punkten:

- ▶ Erstens: Resolution Nr. 1441 enthält keinen Automatismus zur Anwendung militärischer Gewalt. Vordringliche Aufgabe ist es, sämtliche Mittel zur friedlichen Konfliktlösung auszuschöpfen und in ihrer Anwendung zu optimieren.
- ▶ Zweitens: Irak muss umfassend und aktiv mit dem Sicherheitsrat und den Waffeninspektoren kooperieren. Wir brauchen eindeutige Klarheit über Massenvernichtungsmittel im Besitz des Irak und, so es sie gibt, deren endgültige Abrüstung.
- ▶ Drittens: Die Entscheidungskompetenz über den Fortschritt der Inspektionen und sämtliche eventuellen Konsequenzen liegt ausschließlich beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.
- ▶ Viertens: Entscheidendes Instrument für die Beseitigung verbotener irakischer Rüstungsprogramme ist und bleibt ein wirksames Inspektions- und Verifikationsregime. Es muss ausgebaut und den Erfordernissen entsprechend verstärkt werden.
- ▶ Fünftens: Unser Ziel ist es, dauerhafte Strukturen für die Eindämmung vom Irak ausgehender Gefahren, für Abrüstung und Stabilität in der gesamten Region zu schaffen.

### **DIE VORSCHLÄGE FRANKREICHS**

Der französische Außenminister hat am 5. Februar im Weltsicherheitsrat Vorschläge gemacht, die auf die Schaffung eines effektiveren Inspektionsregimes abzielen. Diese Vorschläge hat Frankreich inzwischen weiter konkretisiert. Im Kern handelt es sich darum:

- ▶ die Zahl der Inspektoren zu verdoppeln oder verdreifachen;
- ▶ ihre Ausstattung mit technischem Material, Infrastruktur und speziell qualifiziertem Personal aufzustocken und zu diversifizieren;
- ▶ die Koordinations-, Aufklärungs- und Eingriffsmöglichkeiten der Inspektoren zu präzisieren und zu verstärken.

Diese Vorschläge werden von der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt.

...

### **MUT ZUM FRIEDEN**

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben ebenso wie unsere Freunde und Verbündeten einen Anspruch darauf, von uns klare Antworten zu erhalten. Insbesondere auf die Frage, ob wir uns an einer Militäraktion beteiligen werden oder nicht. Die Bundesregierung hat diese Frage mit Nein beantwortet. Dabei bleibt es.

Vor allem aber müssen sie darauf vertrauen können, dass wir alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, eine friedliche Lösung zu finden. Ich will nicht akzeptieren, dass es nur darum geht, Krieg zu führen mit den Freunden oder dem Frieden eine Chance zu geben ohne sie. Wir können den Irak entwaffnen ohne Krieg. Diese Chance zu nutzen ist Inhalt meiner Verantwortung.

Gewiss, es gibt auch in unserem Land eine Koalition der Willigen für einen Krieg. Die CDU/CSU gehört dazu. Ihnen setzen wir mit der Mehrheit in unserem Volk den Mut zum Frieden entgegen.

Das ist das Mandat von Rot-Grün, das uns am 22. September 2002 gewährt wurde. Daran halten wir uns.

# Stimmen zur Irak-Krise

## AUS AMERIKA

„... Herr Präsident, Ihr Krieg gegen den Irak besteht die Prüfung nicht. Dies ist kein gerechter Krieg. ... Krieg ist die extremste Maßnahme, die eine Gesellschaft ergreifen kann. Er darf nur dann ausgelöst werden, wenn zuvor jeder andere mögliche Weg erkundet wurde. Sie haben nicht alle Wege erkundet. ... Von einer Milliarde Muslimen der Welt schließen sich langsam aber stetig tröpfelnd immer mehr Rekruten der Al-Kaida an. ... Aus diesem Krieg wird eine Milliarde erbitterter Feinde hervorgehen.... Die Welt möchte, dass Saddam Hussein entwapfnet wird. Aber Sie müssen einen besseren Weg finden, um das zu erreichen. ...Sie können nicht weiterhin den Frieden ausrufen, wenn Sie gleichzeitig den Krieg vorbereiten.“

*(„Eine Republikanische Gegenstimme zum Thema Irak“, Anzeige im Wall Street Journal, 13. 1. 03)*

„Ich frage meine Regierung, die Saddam den großen Bösen nennt, der er wohl ist: Warum dann haben wir diesem Mann, als wir ihn in der Auseinandersetzung mit dem Iran gut gebrauchen konnten, warum haben wir ihm in dem selben Jahr, in dem er befahl, 100 000 Kurden durch Giftgas zu töten, fünf Millionen Dollar gegeben? Und warum haben wir das im folgenden Jahr auf eine Milliarde erhöht? Ich will angesichts dieser Fakten von meiner Regierung wissen: Warum war er nicht damals der große Böse?“

*(Dustin Hofmann, Rede bei der UNICEF-Gala „Cinema for Peace“ am Gendarmenmarkt, Der Tagesspiegel, 12. 2. 03)*

„Die Unterzeichner sind gegen einen Präventivkrieg gegen den Irak ohne breite internationale Unterstützung. Militärische Operationen gegen den Irak könnten in der Tat kurzfristig zu einem verhältnismäßig schnellen Sieg führen. Aber Krieg ist durch Überraschungen, menschlichen Verluste und unbeabsichtigte Konsequenzen gekennzeichnet. Sogar mit einem Sieg, glauben wir, dass die medizinischen, ökonomischen, ökologischen, moralischen, geistigen, politischen und rechtlichen Konsequenzen eines amerikanischen präventiven Angriffs auf den Irak die Sicherheit und Stellung der USA sich nicht in der Welt untergraben, nicht schützen würden.“

*(Erklärung von 41 US-amerikanischen Nobelpreisträgern, New York Times, 28. 1. 03)*

## AUS EUROPA

„... Ein Europa, das erleben musste, wie die Tragödie des Krieges das 20. Jahrhundert geprägt hat, muss seine tief empfundenen „Missionen“ pflegen: Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und den Kampf gegen Armut und Hunger auf der Welt. Und wir sind davon überzeugt, dass ein starkes Europa benötigt wird für unsere Hoffnung auf eine gerechtere Welt, eine Welt, die in der Lage ist, den Dialog, das Zusammenleben der Völker und den Frieden als wertvollstes Gut, über das wir verfügen, geduldig und hartnäckig zu entwickeln. ...“

*(Appell europäischer Bürgermeister gegen einen Krieg im Irak, 10. 2. 03)*

„... Der Einsatz von Gewalt zur Aufrechterhaltung oder Durchsetzung des Friedens darf nicht auf dem einseitigen Urteil der Mächtigen, sondern muss auf der Achtung des Völkerrechts beruhen ...“

*(Resolution der Sozialistischen Internationale, verabschiedet auf der Ratssitzung am 21. 1. 03 in Rom)*

## Stimmen aus der CDU/CSU zur Irak-Krise

### ZUR KRIEGSFRAGE

„...„Wenn Saddam Hussein sie [die Inspektoren] ... an der Nase herumführt, dann wir man vielleicht einen Schlusstrich ziehen müssen“ ...“

*(Angela Merkel in einem Internet-Chat der ARD-Tagesschau, AFP v. 05.02.2003)*

„... Ich habe nach wie vor den Eindruck, dass die Amerikaner gewillt sind, die UN als Bühne und als Entscheidungsgremium zu benutzen ... Und deshalb warten wir den nächsten Bericht der Inspektoren ab. Hoffen wir darauf, dass Saddam Hussein einlenkt. Wenn er es nicht tut, müssen wir weiter auch das letzte Mittel des Krieges ins Auge fassen.“

*(Angela Merkel, ZDF – Heute-Journal – v. 07.02.2003)*

„... Wenn die friedliche Entwaffnung sich am Ende als Fehlschlag erweist, befürworten wir – auch im Interesse der internationalen Sicherheit und der Autorität des UN-Sicherheitsrates – ein militärisches Vorgehen ...“

*(Angela Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz, AP v. 08.02.2003)*

„Es wäre wünschenswert, wenn man Saddam gewaltlos entwaffnen könnte, aber man darf militärische Maßnahmen als letztes Mittel nicht ausschließen.“

*(Angela Merkel, Bild am Sonntag v. 09.02.2003)*

„... Wir haben keine Festlegung getroffen, sondern wir haben gesagt, wenn der Weltsicherheitsrat bei seinen abschließenden Beratungen es würdigen muss, ob der Irak voll kooperiert, und zu der Auffassung kommt, dass man nicht vorbei kommt auch an einer militärischen Aktion, dann würden wir eine solche Aktion des Weltsicherheitsrats unterstützen. ...“

*(Volker Rühle, Vors. des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag DLF – Inform. am Morgen v. 10.02.2003)*

„... Es darf kein „amerikanischer Krieg“ sein, deswegen sage ich, es muss über den Sicherheitsrat gehen. ... wenn der Weltsicherheitsrat entscheidet, die friedliche Entwaffnung verspricht keinen Erfolg, es gibt leider keine Alternative, dann würden wir das als letzte Maßnahme unterstützen ...“

*(Volker Rühle, WDR 5 – Mittagsecho – v. 11.02.2003)*

„Wenn ... die friedliche Entwaffnung fehlschlagen und als letztes Mittel nur die angedrohten Zwangsmaßnahmen bleiben sollten, dann befürworten wir um der internationalen Sicherheit und der Autorität der UN-Charta willen auch ein militärisches Vorgehen. Deutschland sollte sich in diesem Fall nach seinem Vermögen und in europäischer und transatlantischer Abstimmung beteiligen.“

*(Angela Merkel, Politischer Bericht an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 13.02.03)*

### ZUR ERKLÄRUNG EUROPÄISCHER UND AMERIKANISCHER KIRCHENVERTRETER

„... Die Kirchenvertreter beschwichtigen gegenüber einem Tyrannen und gießen ihre undifferenzierte Kritik gegenüber dem Land aus, das immer wieder ... Frieden und Freiheit erzwungen hat. ...“

*(Friedbert Pflüger, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU Fraktion, Welt v. 07.02.03)*

„... Die Frage der moralischen Rechtfertigung eines Krieges, ist das eine, die konkrete Beurteilung des Gefährdungspotenzials von Saddam Hussein das andere. Da glaube ich nun, dass auch derjenige, der einen Bischofsrock anhat, nicht unbedingt besser oder vielleicht schlechter informiert ist, als diejenigen, die in der Politik Entscheidungsträger sind. ...“

*(Christian Schmidt, Vors. der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion, WDR 5 – Morgenecho – v. 11.02.2003)*

# Die deutsche Politik in der Irak-Krise

Vortrag von Christoph Zöpel, Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses Vereinte Nationen hat auf der Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung „Krieg im Irak – Wie reagieren die Nachbarn?“ , Berlin 30. Januar 2003. Der Vortrag ist leicht gekürzt.

Zu der global bedeutsamen Problematik, ob Krieg oder politisch-diplomatische Lösungen die Sicherheitsgefahren seitens des Irak beenden können, erleben wir in Deutschland eine teils verkürzte, teils polemisch-spitzfindige Diskussion. Dabei war die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien seit August ausgesprochen konsequent. Zu ihr gehört Nachdenklichkeit. Die polemische Verwechslung von Nachdenken mit Richtungswechsel ist ein Mechanismus in der Parteieneinander-setzung. Aber komplexe Probleme lassen sich nur durch Nachdenken – und in Demokratien durch öffentliches Nachdenken – bewältigen.

## 1. DAS SICHERHEITSPOLITISCHE PROBLEM IRAK SEIT 1980

Für die internationale Staatengemeinschaft existiert das Sicherheitsproblem Irak seit 1980, das war ein Jahr nach der Machtübernahme Saddam Husseins. Es hat sich geäußert in zwei Formen:

- in Aggressionen gegen Nachbarstaaten – Iran und Kuwait;
- in der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, sehr wahrscheinlich bakteriologische und chemische, wahrscheinlich nicht atomare.

Nach der zweiten Aggression, die eine eindeutige Völkerrechtsverletzung dargestellt hat mit dem Versuch der Annexion eines unabhängigen Staates, hat die internationale Staatengemeinschaft eingegriffen, die Annexion Kuwaits rückgängig gemacht und internationale Maßnahmen gegen den Irak eingeleitet.

## 2. INTERNATIONALE MASSNAHMEN GEGEN DEN IRAK SEIT 1991 UND IHRE EFFEKTE

Als internationale Maßnahmen wurden eingeleitet:

- Flugverbotszonen im Norden und Süden des Landes,
- ein Sanktionsregime,
- der Einsatz von UNO-Inspektoren zwischen 1991 und 1998.

Die Ergebnisse dieser Maßnahmen sind eine Verringerung der Sicherheitsgefährdungen durch das Regime Saddam Husseins gegenüber den Nachbarn wie im Inneren des Irak.

- Es gibt mehr Sicherheit für die Kurden im Norden.
- Waffen sind aufgefunden und zerstört worden.
- Die Stärke der irakischen Armee ist deutlich verringert.

Der Preis für diese Erfolge eines Zugewinns an Sicherheit sind die ökonomischen und sozialen Verschlechterungen für die irakische Bevölkerung.

## 3. ABZUG DER UNO-INSPEKTOREN 1998

Ein kritisches Jahr für die Politik der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber dem Irak war der Abzug der UNO-Inspektoren 1998. Zumindest aus heutiger Sicht lässt sich festhalten, dass dies nicht nötig war, so wie es gelungen ist, UNO-Inspektoren wieder einzusetzen. Durch diesen nicht nötigen Abzug der Inspektoren ist eine neue Informationslücke hinsichtlich der Fähigkeiten des Irak, B- oder C-



Waffen zu haben, entstanden.

#### 4. HISTORISCHE EINORDNUNG UND BEWERTUNG DES 11. SEPTEMBER

Die strategischen Überlegungen zur Beendigung der vom Irak ausgehenden Sicherheitsgefährdungen haben zu tun mit dem 11. September. Es ist notwendig, den 11. September historisch einzuordnen und zu bewerten. Am 11. September hat ein terroristischer Gewaltakt stattgefunden mit einer bis dato unübertroffenen Zahl von Toten in einem Einzelfall, nämlich etwa 3000. Er ist geplant und ausgeführt worden von einer global agierenden nicht staatlichen Terrororganisation, die sich zur Begründung ihres Terrors auf die Werte des Islam beruft und gleichzeitig die Dominanzpolitik und die Kultur des Westens verurteilt. Ich erlaube mir eine etwas provokative Bemerkung: Al Qaida ist Teil der Zivilgesellschaft, nicht des Staates. Die Betroffenheit der Vereinigten Staaten durch diesen Anschlag ist geohistorisch zu verstehen und rechtfertigt sich auch so: Die USA begreifen sich als von außen kaum angreifbar und haben Krieg auch in ihren Städten bislang nicht erfahren. Die amerikanische Politik folgt notwendig dieser geohistorisch begreifbaren Betroffenheit. Diese relativiert sich aber im Vergleich mit den Erfahrungen und Betroffenheiten anderer Teile der Welt mit anderen geohistorischen Bedingungen.

- Die Zahl der Toten, die Europa allein im Zweiten Weltkrieg verschuldet und erfahren hat, überschreitet die Betroffenheit durch 3000 Tote in einem Maße, das schwer formulierbar ist.
- Die Zahl der Toten durch islamischen Terrorismus in den arabischen Staaten ist deutlich höher als die Zahl der Toten in den USA. Ich halte das auszusprechen für eine Voraussetzung, um überhaupt mit islamischen Staaten über Bekämpfung dieses Terrorismus sprechen zu können.

...

#### 5. GLOBALE ANTI-TERROR-POLITIK NACH DEM 11. SEPTEMBER

Nach den Terroranschlägen vom 11. September hat die Staatengemeinschaft eine globale Anti-Terror-Politik auf der Grundlage von UNO-Resolutionen verabredet. Sie besteht aus zwei Aufgaben:

- a) Aus polizeilicher Zusammenarbeit, der notwendigen Reaktion auf internationales Verbrechen. Global agierende Verbrecher, aus welchen Gründen auch immer sie Verbrecher sind, in diesem Fall offenkundig aus religiös-ideologischen, lassen sich nur durch global miteinander vernetzte Polizei bekämpfen. Das ist aber traditionelle Verbrechensbekämpfung, wie sie die Staatengemeinschaft kennt.
- b) Da internationale Kooperation bei Verbrechensbekämpfung nur durch Staaten erfolgen kann, ist „State-Building“ – ich bevorzuge das Wort vor „Nation-Building“ – dort erforderlich, wo es keine handlungsfähigen Staaten gibt.

Die zweite Aufgabe war und ist die schwierigere. Angesichts der Tatsache, dass Afghanistan am 11. September kaum ein Staat war, aber Hort der terroristischen Aktionen Al Qaidas, wurde es notwendig, diesen Hort und seine Protektoren, die Taliban, auszuheben. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich von Anbeginn an dieser Politik des „State-Building“ und an der Verbrechenskontrolle in staatlich hoheitsfreien Räumen wie dem Indischen Ozean durch ihre Mitwirkung an „Enduring Freedom“ und ISAF. Auch diese Beteiligung an militärischen Aktionen wurde erst nach notwendigen demokratischen Diskussionen in den Parteien der Regierungsmehrheit beschlossen. Ich bin als Sozialdemokrat stolz auf diese Diskussionen, weil politische Probleme überhaupt nur geklärt werden können, wenn sie diskutiert werden. Von diesen Aufgaben der globalen Anti-Terror-Politik und der deutschen Beteiligung daran unterscheidet sich die Irak-Problematik.

## 6. DER IRAK IM ZUSAMMENHANG MIT TERROR

Ohne Zweifel ist der Irak ein Staat, der im Rahmen der internationalen Terrorbekämpfung nicht kooperiert. Dies festzuhalten ist notwendig und dies ist für die Staatengemeinschaft inakzeptabel. Ein nicht kooperierender Staat wie der Irak setzt sich des Vorwurfs, er beteilige sich selbst am Terrorismus, in zweierlei Hinsicht aus:

- Er könnte nicht-staatliche Terroristen logistisch unterstützen.
- Er könnte Staatsterrorismus ausführen.

Das sind notwendig zu unterscheidende Terrorphänomene bei der Analyse und der Bekämpfung von Terrorismus. Der Irak ist beiden Vorwürfen ausgesetzt. Der erste Vorwurf, er unterstütze logistisch nicht-staatlichen Terrorismus, ist bisher nicht bewiesen. Unstreitig ist, dass B- und C-Waffen zu entwickeln und sie nicht kontrollieren zu lassen, den notwendigen Verdacht erweckt, dass der Irak Staatsterrorismus, was die Anwendung von B- und C-Waffen wäre, betreiben könnte. Der Irak hat sich, geduldet von der Staatengemeinschaft, des Risikos erhöhter Verdächtigung durch die Ausweisung der Inspektoren 1998 ausgesetzt. Der Abzug der Inspektoren ist einer der besonders kritischen Punkte bei der Bewertung des Irak-Problems im Zusammenhang mit der Terror-Bekämpfung durch die Staatengemeinschaft.

## 7. DIE ZIELE UND STRATEGIEN DER VEREINIGTEN STAATEN IN DER IRAK-KRISE

Die Vereinigten Staaten streben international und auch von Deutschland akzeptiert an, dass der Irak nicht unkontrolliert B- und C-Waffen besitzt. Sie schließen dafür einen „Preemptive Strike“, das dramatischste Element der neuen Militärdoktrin der Vereinigten Staaten, nicht aus. Als Ziele der USA stehen weiter zur Diskussion – ich sage bewusst zur Diskussion stehen, weil sich sicherlich nicht exakt festhalten lässt, welche Ziele tatsächlich von der amerikanischen Administration verfolgt oder nur von öffentlich wirksamen Diskutanten wie „Think Tanks“ formuliert werden:

- der Regimewechsel und die Demokratisierung im Irak,
- Neuordnung des Mittleren Ostens,
- eine militärisch abgestützte Sicherung der Ölnachfrage.

Alle diese Ziele und Strategien kann nur eine „Superpower“ formulieren. Es ist wichtig zur Bewertung der Politik jeden anderen Staates, dass die Ziele und Strategien der Vereinigten Staaten in dieser Form einer eigenständigen Politik nur eine „Superpower“ implementieren kann, weil nur sie dazu militärisch in der Lage ist.

## 8. DIE DEUTSCHE IRAK-POLITIK

Somit ist das wichtigste für die Beurteilung der deutschen Irak-Politik, dass sie gegenüber dem Irak die von den Vereinigten Staaten formulierten Ziele und Strategien nicht als eigene und von ihr selbst zu implementierende formulieren kann. Die Bundesrepublik Deutschland ist darauf angewiesen, dass sie ihre Ziele globaler, internationaler oder auch nur nationaler Sicherheitspolitik im Rahmen internationaler Kooperation und nach Möglichkeit im Rahmen eines global wirksamen Rechtssystems durchsetzt. Das ist der grundlegende Unterschied zwischen den Machtpositionen der Vereinigten Staaten und Deutschlands: Während die Vereinigten Staaten sämtliche diskutierten Ziele durch eigene militärische Maßnahmen durchsetzen könnten, kann Deutschland seine nur durchsetzen durch internationale Kooperation und/oder im Rahmen eines internationalen Rechtssystems. Bei der Beurteilung der Ziele und Strategien der Vereinigten Staaten aus der Sicht deutscher Politik lässt sich festhalten:

- Es gibt keinen Zweifel, dass Deutschland darauf dringt, dass der Irak keine B- und C- Waffen besitzt.
- Deutschland lehnt eine Militärdoktrin des „Preemptive Strikes“ ab.
- Deutschland hält Regimewechsel und demokratische Entwicklung nur durch evolutionäre Prozesse für möglich und nicht durch Aufoktroierung von außen, auch nicht durch Intervention einer „Superpower“. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass nach einer Epoche, in der Demokratie in ei-

nem Land unterdrückt wurde, Voraussetzung für die Rückkehr von Demokratie ist, dass der demokratische Gedanke in diesem Land vor seiner Unterdrückung verbreitet war. Deshalb ließ sich in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Demokratie wieder einführen. In einem Lande hingegen, in dem es diese historische Voraussetzung nicht und deshalb auch nur wenige Demokraten gibt, ist Demokratie nur in evolutionären Prozessen entwickelbar.

- Eine Neuordnung des Mittleren Ostens auf dem Reißbrett von Siegermächten ist vor den Erfahrungen europäischer und mittelöstlicher Geschichte kaum möglich. Reißbrett-Oktrois führen eher zu neuen Konflikten als zu dauerhaften Lösungen.
- Und das Wesentliche: Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass internationale Politik zur Stabilisierung einer internationalen Rechtsordnung und nicht zu ihrer Destabilisierung führen sollte.

...

## 10. DIE SICHERHEITSRATSRESOLUTION 1441

Die konkrete Politik, an der sich Deutschland vollständig beteiligt zur Erreichung des Zieles der Beseitigung oder Kontrolle von B- und C-Waffen im Irak ist die Sicherheitsratsresolution 1441. Sie besagt, im Irak gibt es wieder Inspektoren, diese bemühen sich, diese Waffen zu finden, wobei – und jetzt mache ich eine Bemerkung, die notwendig ist – die internationale Gemeinschaft einschließlich Deutschlands akzeptiert, dass bei Zuwiderhandlung die Ultima Ratio der Militärschlag sein kann. Exemplarisch: Sollte der Irak Israel angreifen, würde Deutschland einem Krieg zustimmen. Die sicherheitspolitische Logik dieser Resolution ist: Inspektoren, Suche von Waffen, unschädlich Machen von Waffen unter der Bedingung der Ultima Ratio eines Militärschlags – einer Ratio, die während des Ost-West-Konflikts vor der atomaren Katastrophe bewahrt hat.

## 11. KONSEQUENZEN AUS DER TÄTIGKEIT DER INSPEKTOREN

Vor dieser Ultima Ratio aber stehen alternative Konsequenzen.

Die Konsequenzen sind vereinfacht:

- Amerikanische Position: Werden Waffen gefunden, findet ein Militärschlag statt.
- Europäische Position: Werden Waffen gefunden, werden sie vernichtet. Folge ist ein dauerhaftes Kontrollregime der internationalen Gemeinschaft im Irak. Ein solches gab und gibt es an vielen Orten der Welt, im Irak acht Jahre hindurch. Nichts Vernünftiges spricht dagegen, nach Auffindung von Waffen für vielleicht auch zwanzig Jahre ein UNO-Dauerregime zu haben, das den Irak kontrolliert.

Das sind die potenziell kontroversen Schlussfolgerungen aus einer gemeinsam getragenen Resolution des UN-Sicherheitsrates.

...



Die vollständige Fassung des Vortrags findet sich im Internet:  
<http://www.spdfrak.de> >> Pressemitteilung vom 11.2.02